Rede von Bürgermeisterin Eliza Diekmann-Cloppenburg zur Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2027

----Es gilt das gesprochene Wort-----

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung,
liebe Coesfelderinnnen und Coesfelder

Heute halten Sie den Entwurf des Haushalts 2027 zum ersten Mal in den Händen. Ich sage gleich vorweg: Dieser Haushalt ist anders als die der vergangenen Jahre. Die Lage hat sich verändert – und wir müssen jetzt handeln.

Zuerst ein Blick über Coesfeld hinaus. Die Städte und Gemeinden in Deutschland befinden sich in einer außergewöhnlich angespannten Finanzlage. Im Jahr 2025 lag das kommunale Finanzierungsdefizit bundesweit bei 31,9 Milliarden Euro – so hoch wie nie seit der Wiedervereinigung. In Nordrhein-Westfalen können in diesem Jahr nur noch 7 von 396 Kommunen ihre laufenden Ausgaben aus eigenen Erträgen decken. 2021 hatten noch 60 Prozent der Kommunen einen echten Haushaltsausgleich, 2025 waren es nach der NRW.BANK nur noch 14 Prozent. Die meisten gleichen – wie wir – nur noch über Rücklagen aus.

Am 22. Juni haben sich mehr als 1.500 Kommunen am Aktionstag „Kommunen am Limit“ beteiligt, auch Coesfeld gemeinsam mit dem ganzen Kreis. Die zentrale Forderung: Wer Aufgaben überträgt, muss auch für ihre Finanzierung sorgen. Das ist das Konnexitätsprinzip, und ich halte es für richtig. Für den Ganztag an unseren Grundschulen etwa planen wir Baumaßnahmen von über 22 Millionen Euro, gefördert werden rund 1,3 Millionen.

Zu einer sachlichen Einordnung gehört aber auch der Blick auf die anderen Ebenen. Der Bund plant für 2027 neue Kredite von gut 200 Milliarden Euro, Sondervermögen eingerechnet. Bis 2030 summiert sich die Neuverschuldung auf knapp 840 Milliarden Euro, und die Zinsausgaben des Bundes steigen von rund 42 auf über 80 Milliarden Euro im Jahr. Jeder Euro, den wir nach oben weiterreichen, wird am Ende von denselben Menschen getragen – heute und von unseren Kindern und Enkeln. Generationengerechte Finanzen sind deshalb keine Aufgabe nur für Coesfeld, sondern für alle staatlichen Ebenen.

Was heißt das für uns? Wir sollten das Konnexitätsprinzip weiter einfordern – und ebenso nüchtern prüfen, was wir selbst leisten können. Die Deutsche Bundesbank schreibt dazu: „Zunächst sind die Kommunen selbst gefordert, ihre Haushalte zu sanieren.“ Ein Expertenrat der Bertelsmann Stiftung schlägt vor, dass Bund und Länder etwa zwei Drittel der Lücke schließen – das letzte Drittel sollen die Kommunen durch eigene Konsolidierung tragen.

Für mich gehört beides zusammen: um Unterstützung bitten und die eigene Verantwortung wahrnehmen. Was wir selbst konsolidieren können, das sollten wir auch tun.

Coesfeld und das Münsterland standen lange besser da als viele andere. Von 2017 bis 2024 haben wir Überschüsse von zusammen rund 64 Millionen Euro erwirtschaftet – das Ergebnis einer verantwortungsvollen Finanzpolitik dieses Rates über Jahrzehnte. Die gut gefüllte Ausgleichsrücklage hat uns Spielräume gegeben, etwa für die Sanierung unseres Schulzentrums, eines der größten Projekte in der Geschichte unserer Stadt.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch: Weil wir lange sehr sparsam waren, haben wir bei Straßen und Schulen wenig in die Substanz investiert. Deshalb fallen jetzt viele große Investitionen gleichzeitig an.

Jetzt ist eingetreten, was wir seit Jahren angekündigt haben: Der Jahresabschluss 2025 ist zum ersten Mal seit zehn Jahren negativ, mit einem Minus von 6,4 Millionen Euro. Rechnen wir die Planungen bis 2030 hinzu, kommen wir auf Fehlbeträge von rund 84 Millionen Euro. In sechs Jahren verlieren wir also mehr, als wir in den acht guten Jahren davor aufgebaut haben.

Der Entwurf 2027 sieht ein Defizit von rund 14,9 Millionen Euro vor, für 2028 bis 2030 jeweils zwischen 15,5 und 17 Millionen Euro. Noch decken wir das aus der Ausgleichsrücklage, auf dem Papier ist der Haushalt also ausgeglichen. Aber Anfang 2027 liegt sie nur noch bei rund 57 Millionen Euro, und Ende 2030 ist sie nach heutiger Planung aufgebraucht. Zudem ist sie kein Geld auf dem Konto: Ab 2027 brauchen wir Kassenkredite, bis 2030 rund 40 Millionen Euro.

Größter Treiber sind die Transferaufwendungen, also Sozial- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Umlagen. Sie sind von rund 46 Millionen Euro im Jahr 2021 auf fast 73 Millionen im Jahr 2027 gestiegen. Allein die Kreisumlage wächst von knapp 16 Millionen Euro 2022 auf gut 28 Millionen 2027. Der starke Anstieg scheint inzwischen gebremst – aber die Lücke schließt sich nicht von allein.

Für 2027 planen wir Investitionen von rund 55 Millionen Euro, denen Zuschüsse von rund 22 Millionen gegenüberstehen. Es bleibt eine Lücke von fast 33 Millionen Euro – in einem einzigen Jahr. Aus dem laufenden Haushalt können wir nichts beitragen, denn schon die laufende Verwaltung kostet 2027 rund 11 Millionen Euro mehr, als hereinkommt. Wir finanzieren Investitionen deshalb über Kredite. Unsere Schulden steigen von rund 19 Millionen Euro Ende 2025 auf rund 121 Millionen Euro im Jahr 2030. Die Zinsen steigen von rund 400.000 Euro auf über 3,4 Millionen Euro im Jahr – Geld, das uns dann für Schulen, Straßen und Vereine fehlt. Das Infrastrukturprogramm des Landes mit einmalig 17,3 Millionen Euro ist willkommen, deckt aber nur einen Bruchteil davon.

Ich sage es offen: Wir haben Investitionen in einer Größenordnung beschlossen und geplant, von der wir heute schon wissen, dass wir sie so nicht umsetzen können – weder finanziell noch personell. Unsere Jahresabschlüsse zeigen seit Jahren, dass wir deutlich mehr planen, als wir tatsächlich bauen.

Einige Beispiele:

- Für unsere Schulen planen wir Bauprojekte von deutlich über 100 Millionen Euro. Für den Ganztag an unseren Grundschulen haben wir mit der pädagogischen Architektur bewusst einen hohen Standard beschlossen; allein die Erweiterung der Lambertischule kostet rund 7 Millionen Euro.
- Bei der Feuerwehr sind die Kosten für den Neubau in Lette von 5,5 auf rund 8 Millionen Euro gestiegen, ohne dass es dafür Zuschüsse gibt. Das Rahmenkonzept mit vier Löschzügen, das wir im Oktober einstimmig auf den Weg gebracht haben, beschreibt weitere bauliche Bedarfe an den Standorten West, Mitte und Rottkamp, die noch gar nicht vollständig eingeplant sind.
- Und auch im Sport haben wir viele Wünsche: größere Sporthallen an der Freiherr-vom-Stein-Realschule und in Lette, eine Freiluftsporthalle und ein Padel-Court in Lette, neue Kunstrasenflächen. Jedes Vorhaben ist für sich gut begründet. Zusammen übersteigen sie unsere Möglichkeiten.

Daraus folgt für mich dreierlei. Erstens: Wir müssen uns von einzelnen politischen Beschlüssen für neue Projekte auch wieder verabschieden. Zweitens: Was wir umsetzen, müssen wir zeitlich strecken und Schritt für Schritt angehen. Und drittens: Wir müssen bei jedem Projekt fragen, ob es in dieser Größe und mit diesem Standard nötig ist – oder ob wir an vielen Stellen auch von der Stange bauen können. Was wir bisher gebaut haben, kann nicht mehr der Maßstab für künftige Projekte sein. Nicht jedes Gebäude muss ein Unikat sein.

Gemeinsam mit unserer Kämmerin Christin Mittmann haben wir seit einigen Jahren schon den Weg der Generationengerechten Finanzen eingeschlagen. Wir haben mit Ihnen Workshops ohne Denkverbote durchgeführt. Wir stellen den Haushalt jedes Jahr vom weißen Blatt auf: Was brauchen wir wirklich? Was können wir streichen, kleiner, anders oder durch Dritte günstiger lösen? Wo können wir Erträge steigern?

Das Ergebnis: Die schnellen Einsparungen sind ausgeschöpft. Was ohne Qualitätsverlust wegfallen konnte, ist gestrichen. Für 2027 gilt ein Null-Stellenplan – keine zusätzlichen Stellen.

Aber ich sage auch offen: Bei manchen Entscheidungen haben wir gemeinsam den Mut nicht gefunden. Wir haben Standards in den letzten Jahren sogar weiter erhöht. Und z.B. bei den Bewohnerparkausweisen ist die Mehrheit hinter dem Vorschlag der Verwaltung zurückgeblieben. Das ist verständlich, aber so kommen wir nicht weiter.

Wie schnell ein Standard Geld kostet, sehen wir heute auf unserer Tagesordnung. Weil wir auf den Digitalpakt 2.0 gewartet haben, haben wir ältere iPads länger genutzt. Heute schlagen wir Ihnen eine überplanmäßige Ausgabe von 615.000 Euro vor. Damit stellen wir einen Standard wieder her – und auch 2027 und 2028 müssen Geräte ersetzt werden. Wer Digitalisierung an Schulen will, muss sie dauerhaft finanzieren.

In den vergangenen Jahren habe ich gesagt: Wir tun alles, um Steuererhöhungen noch zu vermeiden. Wir haben viele Rechenbeispiele mit immer neuen Annahmen durchgespielt und sind jedes Mal zum selben Ergebnis gekommen: Ohne höhere Erträge geht es nicht. Dann gehört es zur Fairness, das offen zu sagen und darüber ins Gespräch zu kommen.

Deshalb schlägt die Verwaltung einen maßvollen Schritt vor: Die Grundsteuer B soll um 50 Punkte von 728 auf 778 Prozent steigen, also um rund 6,9 Prozent. Die Grundsteuer A wollen wir von 259 auf 345 Prozent anheben, also auf den fiktiven Hebesatz des Landes. Sonst rechnet das Land uns bei den Schlüsselzuweisungen Einnahmen an, die wir gar nicht haben.

Zusammen bringt das rund 600.000 Euro im Jahr. Das zeigt: Die Belastung ist maßvoll – und die Steuer allein löst unser Problem nicht. Beraten wird der Vorschlag im Haupt- und Finanzausschuss am 26. November.

Abgesehen von der aufkommensneutralen Umstellung im Zuge der Grundsteuerreform haben wir die Grundsteuer seit 2013 nicht mehr angehoben – die Preise sind seitdem um 35 bis 40 Prozent gestiegen. Die Menschen in Coesfeld haben über viele Jahre umfangreiche Leistungen zu vergleichsweise niedrigen Steuersätzen erhalten.

Ganz bewusst nicht anfassen wollen wir die Gewerbesteuer. Sie bleibt bei 450 Prozent und damit unter dem Landesdurchschnitt. Unser starker Mittelstand hat sich trotz schwieriger Zeiten sehr gut entwickelt. Dafür danke ich den Betrieben und ihren Beschäftigten ausdrücklich.

Wenn wir so weitermachen, droht uns in wenigen Jahren die Haushaltssicherung. Die Gemeindeordnung schreibt sie vor, wenn die allgemeine Rücklage zu stark abschmilzt – und nach heutiger Planung müssten wir sie 2030 erstmals angreifen. Dann muss die Kommunalaufsicht unseren Haushalt genehmigen, und der Ausgleich muss spätestens im zehnten Jahr erreicht sein. Dann entscheiden wir nicht mehr allein. Was das bedeutet, sehen wir in Dülmen, das seit 2024 in der Haushaltssicherung ist. Und selbst Münster hat im September eine Haushaltssperre verhängt.

Deshalb ist meine Entscheidung klar: Gemeinsam mit unserer Kämmerin werde ich im kommenden Jahr ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept ins Gespräch bringen. Freiwillig heißt: Wir handeln,

bevor wir müssen. Wir vergleichen alle Bereiche mit Städten unserer Größe in NRW und schauen dort genauer hin, wo wir deutlich abweichen.

Wir sind eine Stadt mit rund 38.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. An manchen Stellen leisten wir uns Standards, als wären wir eine Stadt mit 60.000. Ich wünsche mir einen nüchternen Blick auf die Zahlen – mit Respekt vor den Emotionen hinter jedem Standard. Und ich bitte Sie, den Rat, ausdrücklich um Ihre Unterstützung für diesen Weg.

Diesen Weg gehen wir nicht hinter verschlossenen Türen. In wenigen Wochen laden wir zu einem Stadtdialog im Format „Sprechen und Zuhören“ ein: Welche Sorgen haben Sie mit Blick auf unsere Finanzen? Was ist Ihnen besonders wichtig?

Wir bleiben eine familienfreundliche Stadt, in der Bildung oben steht, Barrierefreiheit und ältere Menschen mitgedacht werden und bei der Digitalisierung niemand abgehängt wird.

Unsere Stärke ist unsere Stadtgesellschaft: unsere Vereine, unsere Nachbarschaften, unser großes Ehrenamt. Wir werden das Ehrenamt nicht überfordern. Aber wir werden gemeinsam fragen: Was muss die Verwaltung leisten – und was schaffen wir auch anders, miteinander?

Meine Damen und Herren, jetzt müssen wir die nächsten Schritte gemeinsam gehen: Erträge maßvoll steigern, Standards ehrlich überprüfen und mit einem freiwilligen Haushaltssicherungskonzept selbst bestimmen, wo wir sparen und was wir schützen.

Ich bin zuversichtlich. Coesfeld hat oft bewiesen, dass wir anpacken können. Wenn wir jetzt handeln, bleiben wir handlungsfähig – für uns und für die Generationen nach uns.

Mein herzlicher Dank gilt unserer Kämmerin Christin Mittmann und ihrem Team sowie allen Fachbereichen für die intensive Arbeit an diesem Entwurf. Ich freue mich auf offene und konstruktive Beratungen.

Vielen Dank.

Dass es sich um eine Anlage zu TOP 3 der öffentlichen Ratssitzung am 05.11.2026 handelt, bescheinigen

gez. Eliza Diekmann-Cloppenburg	gez. Katja Rengshausen
(Bürgermeisterin)	(Schriftführung)